

Erdogans »Neue Türkei«

Die Restauration des autoritären Staates im Namen der Demokratie

Günter Seufert

In Europa und den USA wird vor einem Abdriften der Türkei in einen neuen Autoritarismus gewarnt. Indizien für diesen Trend seien ausufernde Polizeigewalt gegen Demonstranten, Einschränkungen der Presse- und Internetfreiheit, Interventionen der Regierung in die Justiz, Säuberungswellen in der Bürokratie und eine bisweilen offen europafeindliche Rhetorik. Mit Verwunderung wird registriert, dass der alte Ministerpräsident und neue Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan trotz handfester Korruptionsvorwürfe, schwerer Auseinandersetzungen im konservativen Lager und außenpolitischer Misserfolge bei der letzten Wahl erneut einen Stimmenzuwachs verbuchen konnte. Erdoğan selbst spricht von der »Neuen Türkei«, die die alte, autoritäre kemalistische Republik abgelöst und eine progressive Demokratie verwirklicht habe.

Wie groß ist der Rückhalt von Erdogans Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) in der Gesellschaft? Wie ist die neue Regierung einzuschätzen? Wie grundlegend wird das politische System umgebaut? Was bedeutet dieser Umbau für die Zukunft der Demokratie? Und wie kann und soll Europa auf ihn reagieren?

Türkische und internationale Beobachter sind sich darin einig, dass die Wahl Recep Tayyip Erdogans zum Staatspräsidenten der Türkei am 10. August 2014 einen tiefen Einschnitt in die politische Entwicklung des Landes markiert. Der frisch gewählte Präsident sieht sich nicht nur als Spitze des Staates, sondern auch als Garant der Verwirklichung des Volkswillens. Erstmals seit Gründung der Republik spiegelten in der »Neuen Türkei« die Regierung, ihre Politik und die Person des Staatspräsidenten die Identität, die Kultur und die politischen Neigungen des Großteils der Bevölkerung wider. Erstmals auch würde die kulturelle

Pluralität der Bevölkerung anerkannt, was sich an den Friedensverhandlungen mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zeige. Die »Neue Türkei« habe die politische Vormundschaft über die Mehrheit des Volkes überwunden, die die alten säkularen Eliten mit Hilfe der Armee und der Justiz ausgeübt hätten. Das neue Regime sei daher nicht nur in kultureller Hinsicht authentisch, sondern auch demokratisch.

Erdogans Wahlerfolge

Bezieht man Parlamentswahlen, Kommunalwahlen sowie Verfassungsreferenda mit ein,

hat Erdoğan bei den Präsidentschaftswahlen mit 51,8 Prozent der abgegebenen Stimmen seinen neunten Wahlsieg in Folge errungen. Sein oft dokumentiertes Charisma allein kann diese Serie nicht erklären. Vielmehr kommt unter Erdoğan ein langfristiger Prozess in der türkischen Politik zum Abschluss: die schrittweise Integration der konservativen und religiös gebundenen Mehrheit der Bevölkerung sowie der Kurden in das politische System. Drei Staatsstreichs des Militärs sind ebenso wie die Verbote von 26 politischen Parteien nur die augenfälligsten Beispiele für Maßnahmen, die seit 1960 getroffen wurden, um muslimisch-konservative und kurdische Akteure aus der kemalistischen Republik auszugrenzen. 2008 war auch die AKP, damals alleinregierende Partei, nur knapp einem Verbot entgangen. Der von den Generälen dominierte Nationale Sicherheitsrat und Vetos des Staatspräsidenten gegen gesetzliche Änderungen haben den Spielraum konservativer Regierungen zusätzlich eingeschränkt.

Seit Beginn seines Engagements in der AKP drehte sich Erdoğan's politischer Diskurs denn auch um »Demokratisierung«, verstanden als Durchsetzung des Willens der konservativen Mehrheit gegen die Vormundschaft der kemalistischen Elite. Es war dieses Ansinnen, das Erdoğan über Klassen, Schichten und Regionen hinweg Gefolgschaft sicherte und das auch im Ausland Unterstützung fand.

In der Auseinandersetzung um die Pläne für den Istanbuler Gezi-Park im Sommer 2013 instrumentalisierte Erdoğan diesen etablierten »Demokratisierungsdiskurs«, um eine Politik des bloßen Machterhalts zu legitimieren. Erdoğan ersetzte die jahrzehntelange reelle politische Vormundschaft der Generäle durch eine phantasierte »Vormundschaft ausländischer Mächte über die türkische Nation und ihre Regierung«. So konnte er autoritäre Schritte gegen die Opposition und Interventionen in die Justiz als Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie darstellen, die sich ausschließlich gegen Agenten und Marionetten des Auslands richten würden – primär gegen

die Kader des Predigers Fethullah Gülen in der Bürokratie (siehe Günter Seufert, *Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen?*, SWP-Studie 23/2013). Er nutzte diese rhetorische Feindmarkierung äußerst erfolgreich im Vorfeld der Kommunalwahlen Ende März 2014 (siehe Yaşar Aydın, *Kommunalwahlen als Referendum*, SWP-Aktuell 24/2014) und auch in seiner jüngsten Kampagne zu den Staatspräsidentenwahlen.

Die erneute Steigerung der Zustimmungswerte für Erdoğan von 43,39 Prozent bei den Kommunalwahlen auf jetzt fast 52 Prozent hat freilich noch andere Gründe. Zum einen gelang es Erdoğan, die Stimmen kleiner rechter Parteien auf sich zu vereinigen, die nicht mit eigenen Kandidaten angetreten waren, wie etwa die türkisch-islamistische Glückseligkeitspartei (SP), die türkisch-nationalistische Große Einheitspartei (BBP) und die kurdisch-islamistische Partei der Freien Sache (HüdaPar). Bei den Parlamentswahlen in Juni 2015 wird sich deshalb ein ähnlich beachtlicher Erfolg nicht wiederholen. Zum anderen konnten sich große Gruppen unter den Wählern der »linken« Republikanischen Volkspartei (CHP) und der »rechten« Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) nicht entschließen, ihre Stimmen für den gemeinsamen Kandidaten der beiden Parteien abzugeben.

Die neue Regierung: pro-europäische Schauseite und autoritäre Politik

Am 29. August 2014 stellte der neue Ministerpräsident, der bisherige Außenminister Ahmet Davutoğlu, sein Kabinett vor. In Europa war ein leichtes Aufatmen nicht zu überhören, denn die Außen- und Europapolitik wurde Personen anvertraut, die in Brüssel bekannt sind. Der neue Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu hatte zuvor kurzzeitig das Amt des Europaministers bekleidet und war von 2010 bis 2012 Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewesen. Seinen früheren Posten als Europaminister übernahm der Karrierediplomat Volkan Bozkır, zuletzt ständiger Vertreter der Türkei bei der Euro-

päischen Union. Auch die Ernennung des bisherigen Wirtschaftsministers Ali Babacan zu einem der vier Stellvertreter des Ministerpräsidenten und das Festhalten an Mehmet Şimşek als Finanzminister wurden mit Erleichterung aufgenommen, gelten beide doch als fachlich kompetent und nicht ideologisch ausgerichtet. Mehr noch: das Regierungsprogramm bescheinigt der EU, zentrale Bedeutung für die Modernisierung des Landes zu haben, und strebt den Beitritt für 2023 an, zum 100. Jahrestag der Republik.

Doch die Art und Weise, wie sich die neue Regierung der Bevölkerung präsentiert, spricht eine andere Sprache. Sie passt eher zu den vielen Passagen im Regierungsprogramm, wo von einer ganz eigenen Zivilisation der Türkei die Rede ist, die sich von jener Europas stark unterscheidet, und von ihren besonderen, in der türkisch-osmanischen Geschichte begründeten »nationalen Werten«. Diese der türkischen Zivilisation innewohnenden Werte müssten nicht nur aufs Neue belebt werden. Ihnen sei auch in allen staatlichen Institutionen Geltung zu verschaffen, der Staat habe sie allen Bürgern nahezubringen.

Wenn Staat und Regierung die Bevölkerung kulturell und moralisch einheitlich ausrichten wollen, tritt an die Stelle der »Demokratisierung«, mit der die Brechung der Herrschaft der säkularen Elite gerechtfertigt wurde, erneut eine autoritäre Formung der Bevölkerung durch den Staat; dieses Mal im Zeichen einer religiös-konservativen Identität.

Anlässlich seiner Nominierung zum Parteivorsitzenden definierte Davutoğlu die AKP denn auch nicht mehr als Vertreterin der Interessen großer Bevölkerungsgruppen, sondern als »Kaderbewegung«, die angetreten sei, »eine tief verwurzelte Staatstradition wiederzubeleben und den [entsprechenden] Staat neu zu errichten«. Unter seiner Führung werde diese »Restauration« ohne Unterbrechung fortgesetzt. Nach der Wahl zum Parteivorsitzenden erklärte Davutoğlu, es sei notwendig, dass die Türken in Zukunft ihre bürgerlichen Freiheiten im Rahmen einer bestimmten »moralischen For-

mierung« wahrnehmen, die offensichtlich von der Regierung vorgegeben werden soll.

Die Ideologie, die einen solchen autoritären Staat und die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten rechtfertigen soll, ist ein Sammelsurium aus türkischem Nationalismus, Frömmigkeit und Begeisterung für die panislamische Politik Abdülhamids II., des letzten politisch einflussreichen osmanischen Sultans. Sie findet einen ebenso prägnanten wie aktuellen Ausdruck im Propagandavideo, das die Partei zur Präsentation ihres neuen Vorsitzenden in Auftrag gegeben hat. In ihm wird Davutoğlu vorgestellt als »die Hoffnung der muslimischen Mühseligen und Beladenen«, als »treu zu Botschaft des Propheten stehend«, als »von Osmanen und Seldschuken abstammend«, als der »lang erwartete Spirit [des osmanischen Sultans] Abdülhamids II.« und als »der Vertraute des Führers [d. h. Erdoğan]«, der sich für »die Umma, die türkisch-muslimische Religionsnation und für Allah« engagiere. Erdoğan selbst gefällt sich unterdessen in der Pose des Nachfolgers Atatürks, der wie dieser einen Kampf um die Befreiung seines Landes von westlicher Vorherrschaft führt. Dabei übertrifft er sein Vorbild nach eigener Auffassung gleichzeitig dadurch, dass er nicht nur das Land voranbringt, sondern bei der Verfolgung seiner Politik auch stets die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich weiß.

Aus dieser Mixtur aus nostalgischer Sehnsucht nach einstiger staatlicher Größe, antiwestlichem Nationalismus und konservativer Moral ergibt sich weder für die Innen- noch für die Außenpolitik ein klares Programm. Der Diskurs zur Gestaltung einer »Neuen Türkei« etabliert jedoch eine neue Hierarchie politischer Identitäten, die Regierung sucht sich mit diesem Diskurs das Monopol über die Definition zentraler politischer Begriffe zu sichern, wie etwa Nation, nationale Interessen, Gerechtigkeit, Fortschritt und Religion. Die Rhetorik der Regierung stilisiert Erdoğan und die AKP zur *Conditio sine qua non* für den Fortbestand und die Zukunft von Vaterland und Nation und diskreditiert gleichzeitig die

Opposition. Dabei schrecken Erdoğan und sein Gefolge nicht davor zurück, die Politiker der Opposition als Saboteure, Verräter und Agenten des Auslands zu bezeichnen. All dies legitimiert die Einschränkung von Rechten und Freiheiten und dient gleichzeitig dazu, der jetzigen Regierung und der sie tragenden Partei die Macht zu sichern.

Von diesem Punkt aus ist es nicht mehr weit zur offenen Ablehnung sogenannter europäischer Werte und jeglicher Orientierung auf Europa, wie sie Erdoğan's ökonomischer Chefberater Yiğit Bulut propagiert. Ähnlich wie im Falle Russlands habe Europa auch im Falle der Türkei deren Kultur unterminiert, um seinen Einfluss geltend zu machen, schreibt Bulut in der regierungsnahen Zeitung *Star*. Einzig die Besinnung auf die eigene Tradition öffne den Weg zur Gewinnung neuer Stärke.

Die Partei: Unser Programm ist Erdoğan!

Die Vieldeutigkeit der aktuellen AKP-Ideologie und die Unbestimmtheit der Politik, die aus ihr folgen könnte, stellen die Partei vor keine Probleme, denn sie hat die maßgeblichen Entscheidungen ihrem Gründer und früheren Parteivorsitzenden Erdoğan überantwortet. »Wir stehen an der Seite Erdoğan's und seines Ideals der ›Neuen Türkei‹ und gegen alle, die dieses Ideal und Erdoğan ablehnen«, twitterte am 13. August Yalçın Akdoğan, damals noch Erdoğan's innenpolitischer Chefberater und heute einer der vier Stellvertreter des neuen Ministerpräsidenten. Tatsächlich verkörpert Erdoğan einen wesentlichen Grundzug der AKP-Ideologie: die Verschmelzung von Staat und Nation zu einem Gebilde, in dessen Zentrum Erdoğan steht, Repräsentant des Staates und Volkstribun in einer Person.

Wo eine Person und ihre Vision zum Programm werden, bleibt für Mitbestimmung kein Raum, nicht einmal für Diskussion. Tatsächlich spielen die Parteigremien kaum eine Rolle, wenn es darum geht, die Position der AKP zu politischen Fragen festzulegen. Die Parteimitglieder geben ihr Votum zu

solchen Fragen in geschlossenen Umschlägen ab, die dem Parteivorsitzenden überreicht werden. Bei der Auswahl der Kandidaten für Parlamentsmandate ist deren Standing in der Partei ohne Belang. Ministerpräsident Davutoğlu, der neue Parteivorsitzende, setzt parteiinterne Diskussionen mit »Zwietracht« und »Kulissenschieberei« gleich und fordert die Mitglieder auf, sich mit Beschwerden direkt an ihn zu wenden. Zwar ist für alle etablierten türkischen Parteien typisch, dass der Parteivorsitzende eine überaus starke Stellung hat und die Parteigremien entsprechend schwach sind. Die heutige AKP bildet jedoch in dreierlei Hinsicht ein Extrem.

Zum einen hat sich Erdoğan in den letzten Jahren mit einem Kreis meist jüngerer, von ihm kooptierter Berater umgeben, die direkt von ihm abhängig sind, weil sie in der Partei keine oder nur geringe Gefolgschaft und selten ein Abgeordnetenmandat haben. Zu ihnen gehören die bereits erwähnten Yalçın Akdoğan und Yiğit Bulut. Bulut hat keinen Sitz im Parlament, Akdoğan erst seit 2011. Numan Kurtulmuş, ebenfalls ohne Parlamentsmandat, gab im September 2012 den Vorsitz der neu gegründeten links-islamistischen Partei der Volksstimme (HAS) auf und wechselte auf Erdoğan's Einladung zur AKP; aktuell ist er einer der vier Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Auch Süleyman Soylu, ehemals Vorsitzender der marginalen Demokratischen Partei (DP), hat sich im September 2012 von Erdoğan abwerben lassen und ist heute einer der Stellvertreter des Parteivorsitzenden. İbrahim Kalın wurde 2009, nach der Ernennung seines akademischen Lehrers Ahmet Davutoğlu zum Außenminister, Chefberater Erdoğan's für Außenpolitik; heute ist Kalın, der ebenfalls keinen Sitz im Parlament hat, Stellvertreter des Generalsekretärs des Staatspräsidenten. Ohne Parlamentsmandat ist auch Efkân Ala, der im Dezember 2013 die Nachfolge von Innenminister Muammer Güler angetreten hatte. Güler musste in jenen Tagen zusammen mit drei weiteren Kabinettsmitgliedern nach Korruptionsvorwürfen zurücktreten. Auch Emrullah

İşler, Parlamentarier seit 2011, war in dieser Situation Mitglied des Kabinetts geworden und hatte in der letzten Regierung Erdoğan als einer der Stellvertreter des Ministerpräsidenten amtiert. Diese Riege relativ junger Vertrauter Erdoğan steht bereit, nach der Parlamentswahl im Juni 2015 ins Kabinett aufzurücken und dort seine Politik fortzusetzen.

Dies wird umso leichter möglich sein – dies die zweite Besonderheit der AKP –, als die Partei auf Weisung Erdoğan an einer Maßgabe ihrer Statuten festhält, die die Amtszeit ihrer Abgeordneten im Parlament auf drei Legislaturperioden begrenzt. Dadurch ist 73 der zurzeit 312 Abgeordneten der AKP eine erneute Kandidatur verwehrt. Unter ihnen befinden sich vier aktive und ehemalige Stellvertreter des Ministerpräsidenten, 15 aktive und ehemalige Minister, der jetzige und ein ehemaliger Parlamentspräsident sowie eine große Zahl von Personen, die in der Partei leitende Positionen innehaben oder innehatten. Bleibt diese Regelung in Kraft, wird Erdoğan sich nach der Wahl 2015 aller Schwergewichte in der Fraktion entledigt haben, die zum Kern einer parteiinternen Opposition hätten werden können. In diesem Kontext immer wieder genannt werden Bülent Arınç, Ali Babacan und Sadullah Ergin. Sie wären politisch genauso kaltgestellt, wie das schon heute bei Abdullah Gül der Fall ist, dem Vorgänger Erdoğan im Staatspräsidentenamt.

Eine dritte Besonderheit der AKP besteht darin, dass ihr Entscheidungszentrum in Gestalt Recep Tayyip Erdoğan formal außerhalb der Partei agiert und damit dem Einfluss der AKP-Mitglieder entzogen ist. Erdoğan hat die Leitung von Partei und Kabinett dem Triumvirat von Ahmet Davutoğlu, Yalçın Akdoğan und Numan Kurtulmuş anvertraut, das seinerseits keinen nennenswerten Rückhalt in der Partei hat.

All dies ist dazu angetan, Meinungsbildungsprozesse ebenso zu verhindern wie die Beteiligung von Parteigliederungen an innerparteilichen politischen Entscheidungen. Damit kommt jene Dynamik zum Erliegen, der die AKP ihr anhaltendes Wachstum

verdankte. In ihren Anfangsjahren hatte die Partei nicht nur die Interessen konservativ-muslimischer Schichten berücksichtigt, sondern auch viele Politiker der rechten Mitte, einflussreiche Kurden, einzelne Sozialdemokraten sowie stark prowestlich orientierte Muslime integriert. Als gemäßigte Opposition zum kemalistischen Staat hatte die AKP in der liberalen Öffentlichkeit große Unterstützung gefunden. Von letzterer wird sie heute als Okkupant des Staates wahrgenommen, der sich nicht scheut, die Instrumente des autoritären Staates gegen die Opposition zu richten.

De-facto-Einführung des Präsidialsystems

In der Rede, mit der sich Davutoğlu am 27. August bei den Delegierten für die Wahl zum Parteivorsitzenden bedankte, gab er der Partei als Nahziel eine Zwei-Drittel-Mehrheit bei der Parlamentswahl im Juni 2015 vor. Mit einer solchen Mehrheit könnte die Verfassung im Sinne von Partei und Regierung geändert werden. Dabei geht es primär um die Einführung des Präsidialsystems. Dass Davutoğlu dieses Ziel setzt und damit zugunsten von Staatspräsident Erdoğan auf die Schwächung sowohl des von der AKP dominierten Parlaments als auch der eigenen Regierung hinarbeitet, sagt schon viel über das Kräfteverhältnis zwischen Minister- und Staatspräsident aus.

Faktisch ist die Türkei mit der Wahl Erdoğan zum Staatspräsidenten bereits zum Präsidialsystem übergegangen, auch wenn die Verfassung ein parlamentarisches System vorsieht. Das neue Kabinett trägt eindeutig Erdoğan Handschrift. Dessen Ministerpräsident wird nicht müde zu beteuern, dass seine Politik der Vision Erdoğan verpflichtet ist. Und der Staatspräsident scheut sich nicht, in aller Öffentlichkeit die Weisungen bekanntzugeben, die er dem Ministerpräsidenten für die Handhabung konkreter politischer Fragen erteilt hat oder noch erteilen wird.

Rechtsbeugung und Politisierung: Umgang mit Justiz und Rechtsnormen

Die unbekümmerte Haltung gegenüber dem *Geist* der Verfassung und gegenüber relevanten Gesetzen, die sich in diesem Handeln ausdrückt, zeigen die maßgeblichen Akteure auch gegenüber den *Buchstaben* der Verfassung und anderer Rechtsnormen. So setzte sich Erdoğan über die Regelung von Artikel 101,4 der Verfassung hinweg, die vorschreibt, dass der Staatspräsident nach seiner Wahl die Partei- und Parlamentsmitgliedschaft sofort ruhen zu lassen hat. Erdoğan behielt nach der Wahl beide Mitgliedschaften bei, installierte in aller Ruhe Davutoğlu als seinen Nachfolger und legte sein Parlamentsmandat erst mit seiner Vereidigung als Staatspräsident nieder.

Angesichts der Entschlossenheit der neuen Machtelite besteht die Gefahr, dass nicht nur die Verfassung und Gesetze ihre Rolle als Beschränkung und Korrektiv der Exekutive einbüßen, sondern auch die Justiz.

Sofort nach Beginn der Korruptionsermittlungen gegen Minister des Kabinetts Erdoğan im Dezember 2013 übte seine Regierung Druck auf den Hohen Rat für Richter und Staatsanwälte (HRRS) aus, das dem Gesetz nach unabhängige Selbstverwaltungsgremium der Richterschaft. Die Regierung erwirkte eine Änderung seiner Zusammensetzung und erreichte die Versetzung jener Staatsanwälte und Richter, die in den Korruptionsverfahren ermittelten. Per Erlass schränkte sie außerdem die Ermittlungsfreiheit der Staatsanwaltschaften generell ein. Über eine eilig fabrizierte Justizreform und Druck auf den HRRS mit dem Ziel, dass er ihr genehme Richter ernennt, sicherte sich die Regierung Einfluss auf erst- und zweitinstanzliche Entscheidungen, die Ermittlungen, Verhaftungen und Festnahmen von Personen betreffen. Nachdem die befassten Richter und Staatsanwälte ausgetauscht waren, verwundert es nicht, dass die wegen Korruption anhängenden Prozesse gegen vier Minister Erdoğan's und seinen Sohn Bilal eingestellt worden sind.

Die Regierung interveniert jedoch nicht nur in die Justiz, sie macht sich gleichzeitig

die niedrigen Standards der Justiz zunutze und politisiert Gerichtsverfahren. So wurden die genannten Prozesse mit der Begründung eingestellt, dass sie an dem Versuch beteiligt gewesen seien, die Regierung zu stürzen. Die ursprünglich ermittelnden Staatsanwälte und Polizisten wurden in der Folge unter Anklage gestellt. Auf Sturz der Regierung und Umstoß der politischen Ordnung lautet die Anklage auch im Strafprozess gegen führende Mitglieder eines Fußballfanclubs, der im Sommer 2013 bei den Demonstrationen im Istanbuler Gezi-Park eine maßgebliche Rolle gespielt hatte. Auch in diesem Falle politisierten die Staatsanwälte das Verfahren, indem sie statt konkret nachzuweisender Straftaten eine den Angeklagten unterstellte politische Absicht in den Mittelpunkt rückten.

Ministerpräsident Davutoğlu ergreift derweil im Vorfeld der Neuwahl der HSSR-Mitglieder Partei, die am 12. Oktober 2014 ansteht. Es gelte zu verhindern, dass die Justiz weiterhin versuche, die Politik zu kontrollieren, sagte er nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden. In seiner jüngsten Stellungnahme behauptet Davutoğlu außerdem, Teile der Justiz ständen unter ausländischem Einfluss. Damit scheint er weitere Schritte zur Formierung der Justiz im Sinne der Regierung anzukündigen.

Aufwertung und Ausbau des Geheimdienstes

Der Nationale Geheimdienst (MİT) ist neben der Spionageabwehr sowohl für die Innen- als auch für die Außenauflklärung zuständig. Die Zuständigkeit für die Innenaufklärung teilt er sich mit den Nachrichtendiensten der Polizei, der Gendarmerie und des Generalstabs. Rivalitäten und Konflikte zwischen den Diensten waren deshalb lange Zeit an der Tagesordnung.

Bis in die Mitte der neunziger Jahre galt der MİT als Spielwiese der Militärs. Erst der AKP-Regierung ist es gelungen, eine klare Hierarchie der Dienste zu etablieren und dem MİT den Platz an deren Spitze zu sichern. Heute ist der MİT ein zentrales

außen- und innenpolitisches Werkzeug der Regierung. Über ihn werden die Verhandlungen mit der PKK Abdullah Öcalans geführt. Darüber hinaus war und ist der MİT für die Koordination der offiziellen und inoffiziellen Zusammenarbeit mit sunnitischen, aber auch salafistischen Gruppen zuständig, die im syrischen Bürgerkrieg kämpfen. Initiativen, die im Januar 2014 eine gerichtliche Überprüfung dieser Tätigkeiten erreichen wollten, endeten mit Anklagen gegen die damit befassten Offiziere der Gendarmerie und einer Nachrichtensperre. Der MİT hat auch den Austausch von 46 türkischen Geiseln und Angehörigen des Islamischen Staates organisiert, der am 19. September stattfand.

Im Mai 2010 hat Erdoğan's Vertrauter Hakan Fidan die Leitung des Dienstes übernommen. Zwischen 2012 und 2014 vergrößerte sich sein Budget um 40,2 Prozent; für die nächsten Jahre sind weitere Zuwächse vorgesehen. Im Zuge ihrer Strategie, die innenpolitische Macht des Militärs zu brechen, übereignete die Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 2011 dem Nationalen Geheimdienst die zentrale Abhöranlage der Türkei, die sich im Besitz der Streitkräfte befand. Technische Versäumnisse und für hohe Militärs peinliche Enthüllungen hatten diese Maßnahme der Regierung ermöglicht. Als Reaktion auf Ermittlungen gegen Hakan Fidan wegen »Botengängen für die PKK«, die Fethullah Gülen nahestehende Staatsanwälte durchführten, peitschte die Regierungsfraktion im März 2012 ein Gesetz durchs Parlament, das die Immunität von Agenten des Geheimdienstes stärkte. Im August 2014 wurden die Kompetenzen des Dienstes ausgeweitet. So erhielt er das nahezu unbegrenzte Recht, auf Dokumente und Archive aller Behörden, Gerichte und nicht-staatlichen Institutionen zuzugreifen. Ausgedehnt wurde auch seine Befugnis, ohne richterliche Kontrolle in großem Stil elektronische und digitale Abhörmaßnahmen durchzuführen. Die Gründung einer parlamentarischen Kommission zur Kontrolle der Geheimdienste, die für April 2014 vorgesehen war, steht weiterhin aus.

Friedensverhandlungen mit der PKK: Ersatz für Demokratisierung?

Verteidiger Erdoğan's argumentieren, seine starke Stellung sei politisch deshalb vertretbar, weil nur er und die AKP willens seien, die Verhandlungen mit der PKK zu einem Abschluss zu bringen. Der achtzehnmönatige Waffenstillstand und die in dieser Zeit erreichte Anerkennung der Identität der Kurden, ihrer Rechte und Forderungen seien große Schritte in Richtung Demokratie und die Voraussetzung für weitere solcher Schritte.

Doch so zutreffend die These ist, dass ohne eine Lösung der Kurdenfrage Demokratisierung nicht voranschreiten kann, so problematisch ist die umstandslose Gleichsetzung von größerer kultureller mit größerer politischer Freiheit.

Im kemalistischen Staat vor Erdoğan herrschte als Folge der gezielten Ausgrenzung frommer Muslime, Kurden, Alewiten und Nichtmuslime ein kultureller Monismus, der die politische Partizipation von Vertretern all dieser Gruppen erschwerte, wenn nicht gänzlich unmöglich machte. Doch der kemalistische Staat war gleichzeitig politisch pluralistisch. Mehrere Parteien hatten die Chance, die Regierung zu bilden, die Justiz und Vetomächte wie das Militär – ob demokratisch legitimiert oder nicht – beschränkten die Macht der Regierung. Die »Neue Türkei« Erdoğan's ist zweifellos kulturell pluralistischer als der kemalistische Staat, doch in ihr herrscht ein politischer Monismus: Nur eine Partei hat die Chance, die Regierung zu stellen, die Justiz gerät zusehends in den Sog der Regierung und frühere Akteure mit Vetomacht sind politisch kaltgestellt.

Resümee: Die Machtverhältnisse in der »Neuen Türkei«

Anders als es die Regierung und die ihr nahestehende Presse glauben machen will, ist die »Neue Türkei« Erdoğan's nicht durch ein Mehr an Demokratie gekennzeichnet. Auch die erfolgreiche Integration der muslimisch-konservativen Bevölkerung in die

politischen Entscheidungsprozesse und die damit erzielte Ausweitung der politischen Partizipation ist nicht der »Neuen Türkei« von Staatspräsident Erdoğan zuzuschreiben. Zwar hat die AKP beides erreicht, aber nicht erst neuerdings, sondern bereits zwischen 2005 und 2011.

Die heutige Situation ist bestimmt durch die sich verfestigende Herrschaft einer Person und die damit einhergehende Relativierung des Einflusses von Institutionen, ohne die Demokratie nicht denkbar ist: der Parteien, einschließlich der AKP, dem Parlament, der Justiz, dem kodifizierten Recht und der Verfassung. Erdoğan hat sich dem Einfluss seiner Partei entzogen, deren Hegemonie über das Parlament gleichwohl fortbesteht. Nach mehreren Säuberungswellen hat die Regierung die Bürokratie und insbesondere die Polizei fest im Griff. Die Schwächung der kemalistischen Ideologie hat dem früher einflussreichen Militär die Möglichkeit genommen, das Mindestmaß an öffentlicher Unterstützung zu mobilisieren, das sie für Interventionen in den politischen Prozess braucht. Die Presse ist – wie ausreichend dokumentiert – existentiell dem Druck der Regierung ausgesetzt, die gleichzeitig ihre Hegemonie über die Justiz ausbaut. Der Geheimdienst, der finanziell und technisch aufgerüstet und mit mehr Kompetenzen ausgestattet wurde, steht faktisch unter Aufsicht des Staatspräsidenten.

Die EU im Dilemma

Angesichts dessen ist sehr fraglich, ob die Türkei noch die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, die Voraussetzung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen waren. Das stellt die EU vor ein Dilemma. Denn die Türkei ist wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitisch zu wichtig, als dass Brüssel und die EU-Mitgliedstaaten darauf verzichten könnten, Einfluss auf Ankara zu nehmen. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass sich die innere, auf Demokratisierung gerichtete Dynamik des Landes, die mit dem Aufstieg der AKP gegeben war, vorläufig erschöpft hat. Die Zeit, in der die

EU sich damit begnügen konnte, eine beitragswillige Türkei auf Abstand zu halten und den Status quo zu verwalten, ist vorbei. Fest steht auch, dass es misslungen ist, die Türkei jenseits der Beitrittsverhandlungen in europäische Außen- und Sicherheitspolitik einzubinden, wie auch immer man sich diese Einbindung vorgestellt haben mag. Die EU kann deshalb nur dann wieder Einfluss gewinnen, wenn sie die Beitrittsverhandlungen belebt.

Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft hat in der türkischen Bevölkerung signifikant zugenommen: von 45 Prozent 2013 auf 53 Prozent 2014. Dies zeigt, dass die EU in Zeiten der Krise des politischen Systems in der Türkei aufs Neue zum Fixpunkt der Demokratieentwicklung werden kann. Betont säkulare Kräfte, die Alewiten, aber auch Teile des religiös-konservativen Spektrums sehen sich der Willkür der Regierung gegenüber. Vor diesem Hintergrund können europäische Standards, die für Justiz, Pressefreiheit und Grundrechte gelten, erneut zum gemeinsamen Nenner einer ansonsten oft ideen- und konzeptlosen Opposition werden.

Ein konkreter Schritt zur Belebung der Verhandlungen und für eine neue Dynamik in Richtung Demokratisierung könnte zum einen sein, Druck auf die Regierung der Republik Zypern auszuüben, damit sie ihre Blockade der Verhandlungskapitel 23 (Judikative und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) aufgibt. Zum anderen könnten im Rahmen der Verhandlungen über Visafreiheit und über die Neugestaltung der Zollunion – an beiden hat die Türkei großes Interesse – Rechtsstaatlichkeit und Transparenz eingefordert werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364